

Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 3309, 38023 Braunschweig

Fachbereich Bürgerservice,  
Öffentliche Sicherheit  
Abteilung Veterinärwesen  
und Verbraucherschutz  
Richard-Wagner-Str. 1, 38106 BS

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte bei Antwort angeben)  
Mein Zeichen

Antrag vom 25.09.2020 325.2.0.1.0.15-190/20

8. Dezember 2020

**Amtliche Lebensmittelüberwachung;  
Entscheidung über Ihren Antrag nach § 4 Verbraucherinformationsgesetz (VIG)<sup>1</sup>**  
Betrieb: Bier- und Wurstkontor, Neustadtring 47, 38114 Braunschweig

Sehr 

auf Ihren Antrag vom 25. September 2020 ergeht folgender Bescheid:

Die von Ihnen beehrte Information wird teilweise stattgegeben. Ihnen werden folgende Auskünfte erteilt:

Am 16. Januar 2020 fand im o. g. Betrieb die letzte Kontrolle statt. Das Ergebnis der Kontrolle wird Ihnen nach Ablauf von 14 Tagen postalisch übersendet.

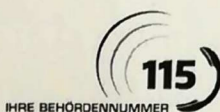
Diese Informationsgewährung ist kostenfrei.

**Begründung:**

Mit Ihrem Antrag vom 25. September 2020 haben Sie über den o. g. Betrieb folgende Auskünfte begehrt:

1. Mitteilung, wann die beiden letzten lebensmittelrechtlichen Betriebsüberprüfungen in Ihrem Betrieb stattgefunden haben und
2. die Übersendung der entsprechenden Kontrollberichte, sofern es zu Beanstandungen kam.

Internet: <http://www.braunschweig.de>  
Sprechzeiten: Mo. - Fr. 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr



NORD/LB Landessparkasse IBAN DE21 2505 0000 0000 8150 01  
Postbank IBAN DE05 2501 0030 0010 8543 07  
Volksbank eG BS-WOB IBAN DE60 2699 1066 6036 8640 00

Gläubiger ID: DE 09BS100000094285  
Umsatzsteuer-ID: DE 11 48 78 770  
Umsatzsteuernummer: 14/201/00553

Sie haben einen eingeschränkten Anspruch auf Erteilung der Informationen zum o. g. Betrieb, so dass ich Ihren Antrag im Hinblick auf Ihren beehrten Informationen teilweise stattgeben kann, § 2 Abs. 1 Nr. 1 VIG.

Die Auskunftserteilung beschränkt sich auf die letzte Betriebsüberprüfung vom 16. Januar 2020, da keine weiteren lebensmittelrechtlichen Kontrollen in dem o. g. Betrieb stattgefunden haben. Gem. § 3 Abs. 1 e) VIG besteht kein Anspruch auf Informationen, die vor mehr als fünf Jahren seit der Antragstellung entstanden sind. In den letzten fünf Jahren fand lediglich die o.g. lebensmittelrechtliche Überprüfung statt.

Da durch die Informationsgewährung Belange Dritter (Lebensmittelunternehmer) betroffen sind, habe ich den o. g. Betrieb vor dieser Entscheidung gem. § 5 Abs. 1 VIG in Verbindung mit § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)<sup>2</sup> angehört. Aus diesem Grund hat sich die vorgesehene Regelfrist für diesen Bescheid auf zwei Monate verlängert. Da eine Vielzahl von Anträgen bei mir eingegangen ist, konnte die in § 5 Abs. 2 S. 2 VIG vorgesehene Regelfrist jedoch nicht eingehalten werden.

Darüber hinaus darf aufgrund der Beteiligung Dritter am Verfahren der Informationszugang gem. § 5 Abs. 4 VIG erst erfolgen, wenn die Entscheidung dem Dritten bekannt gegeben worden ist und diesem ein ausreichender Zeitraum zur Einlegung von Rechtsmitteln eingeräumt wurde.

Ich werde Ihnen daher die o. g. Auskünfte erst nach dem Ablauf von 14 Tagen ab Datum dieser Entscheidung postalisch übersenden.

Die Entscheidung über die Kostenfreiheit der Informationsgewährung beruht auf § 7 Abs. 1 VIG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

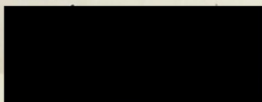
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig, Wilhelmstraße 55, 38100 Braunschweig erhoben werden.

**Hinweis:**

Die Klage hat nach § 5 Abs. 4 S. 1 VIG i. V. m. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)<sup>3</sup> keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO kann das Verwaltungsgericht Braunschweig die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.



<sup>1</sup> Verbraucherinformationsgesetz (VIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2166, 2725), in der derzeit gültigen Fassung.

<sup>2</sup> Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), in der derzeit gültigen Fassung.

<sup>3</sup> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), in der derzeit gültigen Fassung.